

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 11

Artikel: Null-Lösung : Beginn des US-Rückzugs aus Westeuropa?
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094016>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Null-Lösung — Beginn des US-Rückzugs aus Westeuropa?

Es dauerte relativ lange, bis die Sowjets merkten, was für eine Trumpfkarte sie mit ihren Mittelstreckenraketen in Europa in der Hand haben.

Bislang hat sich Moskau ja restlos auf die Verhinderung der amerikanischen Weltraumrüstung (SDI) konzentriert. Parteichef Gorbatschow hatte auch noch bei seinem zweiten Treffen mit Präsident Reagan in Reykjavik im vergangenen Jahr nichts anderes im Sinn, als die Amerikaner mit einem ziemlich reichhaltigen Abrüstungsangebot zur Aufgabe ihrer SDI-Pläne zu bewegen. Allein das von Präsident Reagan verkündete SDI-Programm war es eigentlich, was die Sowjets nach langer Pause im darauffolgenden Jahr an den Genfer Verhandlungstisch zurückbrachte. Breschnew und seine Nachfolger hatten sich lange geweigert, nach dem NATO-Doppelbeschluss (Nachrüstung) von 1979 mit Washington über atomare Abrüstung zu verhandeln, obwohl Reagan auf Anregung der Europäer eine Null-Lösung für die in Europa stationierten atomaren Mittelstreckenraketen ins Spiel brachte.

★

Nun haben Gorbatschow und seine Mitarbeiter entdeckt, dass die Null-Lösung in Europa für die Sowjets politisch viel vorteilhafter sein könnte, als auf der weiteren Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen in diesem Raum zu beharren. Sie können nun Präsident Reagan beim Wort nehmen und dabei möglicherweise den nuklearen Schutz der amerikanischen Streitkräfte in Europa weghandeln. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde das Angebot des Kremlchefs – Abschaffung der Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite (1000 bis 5000 km) – beim Besuch von US-Außenminister Shultz in Moskau «grosszügig» auf die «kürzere» Reichweite von 500 bis 1000 km ausgedehnt.

Wie unüberlegt der europäische Vorstoss (Null-Lösung) seinerzeit war, wurde durch die Äusserungen des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington deutlich, der sich Anfang Mai entschieden gegen eine Null-Lösung bei den atomaren Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite ausgesprochen hat. In einem Interview mit der Londoner Tageszeitung «The Times» sagte Carrington, die Westeuropäer sähen sich erstmals einem sowjetischen Vorschlag gegenüber, der wahrscheinlich zu einer «Entnuklearisierung» führen werde, die für das westliche Bündnis «absolut tödlich» wäre.

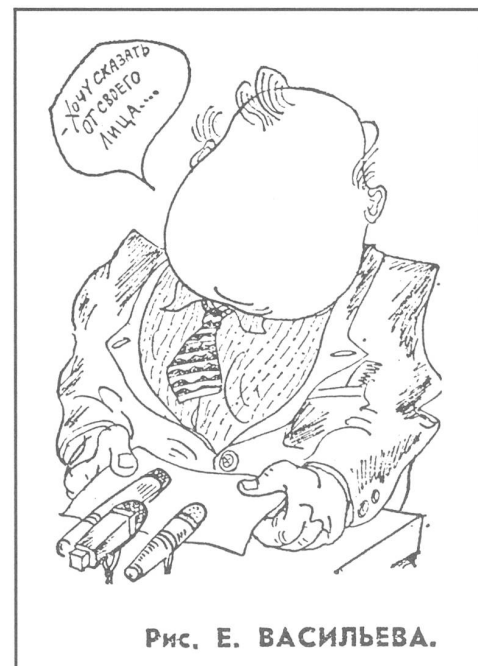
Der gleichen Meinung waren noch zu dieser Zeit im Grunde die beiden europäischen Atom-mächte, obwohl sie einer doppelten Null-Lösung nicht prinzipiell abgeneigt sind. London und Paris sind freilich nicht bereit, über ihre Nuklearwaffen mit der Sowjetunion zu verhandeln.

Die Skepsis des französischen Premierministers Jacques Chirac gegenüber dem Abrüstungsbilateralismus der beiden Supermächte ist wohl bekannt. Sein Aussenminister Raimond präzierte die grundsätzlichen Bedenken Frankreichs bei seinem Washington-Besuch, insbesondere die Befürchtungen über eine Entnuklearisierung der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa. Dieses «Nebenprodukt» eines amerikanisch-sowjetischen Abkommens zur Null-Lösung bei den Mittelstreckenwaffen in Europa würde nämlich das relative militärische Gleichgewicht auf dem Kontinent drastisch verändern, zumal die nukleare Abschreckung der NATO, hauptsächlich garantiert durch amerikanische Atomwaffen, der militärische Faktor war, der die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa in den vergangenen Jahrzehnten

ermöglicht hat. Im wesentlichen hat Chirac auch in Moskau Mitte Mai diesen Standpunkt vertreten.

Dass die Europäer mit der Abschaffung der Mittelstreckenraketen ihre militärische Sicherheit bei weitem nicht als erhöht betrachten, machte die britische Premierministerin Margaret Thatcher bei ihrem Besuch in Moskau Ende März unmissverständlich deutlich.

Sie forderte von Gorbatschow im Namen der westlichen Allianz, dass in einem Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen in Europa unbedingt die Klausel enthalten sein müsste, die auch eine verbindliche Zusage für die Einschränkung von Kurzstreckenraketen (100 bis 500 km Reichweite) beinhaltet. Die Forderung begründete Margaret Thatcher mit der Tatsache, dass weite Teile Westeuropas (insbesondere die Bundesrepublik) in der Reichweite sowjetischer Kurzstreckenraketen liegen. Die Westeuropäer verlangen deshalb ein Gleichgewicht bei dieser Waffengattung,



«Mein Gesicht drückt meine Absicht aus.»
(«Trud», Moskau, 16. 5. 1987)

sagte Thatcher. Bei dieser Gelegenheit haben die Sowjets erstmals zugegeben, mehr Kurzstreckenraketen (1430 Stück) zu besitzen als der Westen (88 Stück).

Nach langem Meinungsstreit in der Bonner Koalition hat Bundeskanzler Kohl zum ersten Mal am 15. Mai eine Voraussetzung genannt, unter der er bereit sein könnte, über eine Null-Lösung auch für Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite zwischen 500 und 1000 Kilometer mit sich reden zu lassen. Die Bedingung bestehe darin, dass auch alle Raketen zwischen null und 500 Kilometer – die das Gebiet der Bundesrepublik besonders bedrohen – in die Verhandlungen einbezogen werden. Die kurzfristig ausgearbeitete Kanzler-Erklärung stellte offenbar eine Reaktion darauf dar, dass London am Vortag die doppelte Null-Lösung unter bestimmten Bedingungen doch bejaht hatte und auch beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister (Nukleare Planungsgruppe) in Stavanger am selben Tag eine deutliche Neigung in diese Richtung sichtbar wurde.

★

Vordergründig ging es im Bonner Meinungsstreit um die unterschiedliche Beurteilung der Sicherheitslage der Bundesrepublik mit oder ohne amerikanische Atomraketen auf deutschem Boden. Hinter dieser Streitkulisse wurden jedoch in den letzten Tagen auch die wahren Gründe der Bonner Ratlosigkeit sichtbar. Die Bundesregierung steht nun unter dem massiven Druck der Sowjets, gegen die doppelte Null-Lösung bei den Amerikanern kein Veto zu erheben.

Moskau arbeitet mit der altbewährten Methode von Zuckerbrot und Peitsche: Nach längerer Pause wurden vom Kreml wieder zwei Abkommen mit Bonn «bewilligt» (Wissenschaft und Gesundheitswesen), dessen Nutzniesser übrigens vorwiegend Moskau ist. Der Peitschenhieb kam kurz darauf mit der Ausladung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, zum Staatsakt anlässlich der 750-Jahr-Feier in Ost-Berlin, um den Deutschen hinter beiden Seiten der Mauer zu zeigen, dass die deutsch-deutsche Annäherung oder Entfremdung nach wie vor von Moskau bestimmt wird.

★

Bemerkenswert ist der Auftritt des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt als vehementer Verfechter der doppelten Null-Lösung in den Medien. Schmidt, der sich jetzt als Erfinder der Null-Lösung bezeichnet, bestreitet eben deshalb, dass es sich hier um einen «kommunistischen Vorschlag» handelt, den Moskau aus sowjetischem Interesse mache. Dass Gorbatschow die Null-Lösung doch noch aufgegriffen hat, bedeutet nach dem Ex-Kanzler eine «Konzession der Sowjetunion». Er selbst habe sich erstmals 1980 dafür ausgesprochen. Die

Null-Lösung sei im deutschen Interesse. Schmidt: «Die Deutschen im Westen und im Osten müssten tief betroffen und besorgt sein, wenn die Null-Lösung vereitelt würde.» Offenbar war Helmut Schmidt schon damals für eine atomwaffenfreie Zone in beiden Teilen Deutschlands, wie einige seiner Parteigenossen in der SPD auch. Es überrascht jetzt um so mehr, weil er damals auch als einer der Initiatoren des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 galt – als Anhänger des atomaren Gleichgewichts der Abschreckungspolitik.

Heute sagt Schmidt jedoch, es sei an der Zeit, die 20 Jahre alte «flexible-response»-Strategie durch ein neues Konzept zu ersetzen. Das könnte nach seiner Meinung in der Bereitstellung ausreichender konventioneller Streitkräfte unter einem gemeinsamen französischen Oberbefehl bestehen. Von der «zahlenmässigen konventionellen Überlegenheit» der Sowjetunion hält er nicht viel.

Was Helmut Schmidt hier übersieht, ist die Tatsache, dass Gorbatschow im Grund keine zwingenden Gründe hat, die Null-Lösung vorzuschlagen. Für eine allgemeine Drosselung des Rüstungswettbewerbs der beiden Supermächte tritt Moskau zwar primär aus wirtschaftlichen Motiven ein – vor allem wegen der Rückständigkeit der sowjetischen Industrie –, aber für die bereits in Stellung gebrachten sowjetischen Mittelstreckenraketen braucht die Sowjetregierung keinen Rubel mehr auszugeben. Wenn Gorbatschow bereit ist, die Waffen aus dem Verkehr zu ziehen, tut er es keinesfalls ohne politisch-militärische Vorteile für sein Land.

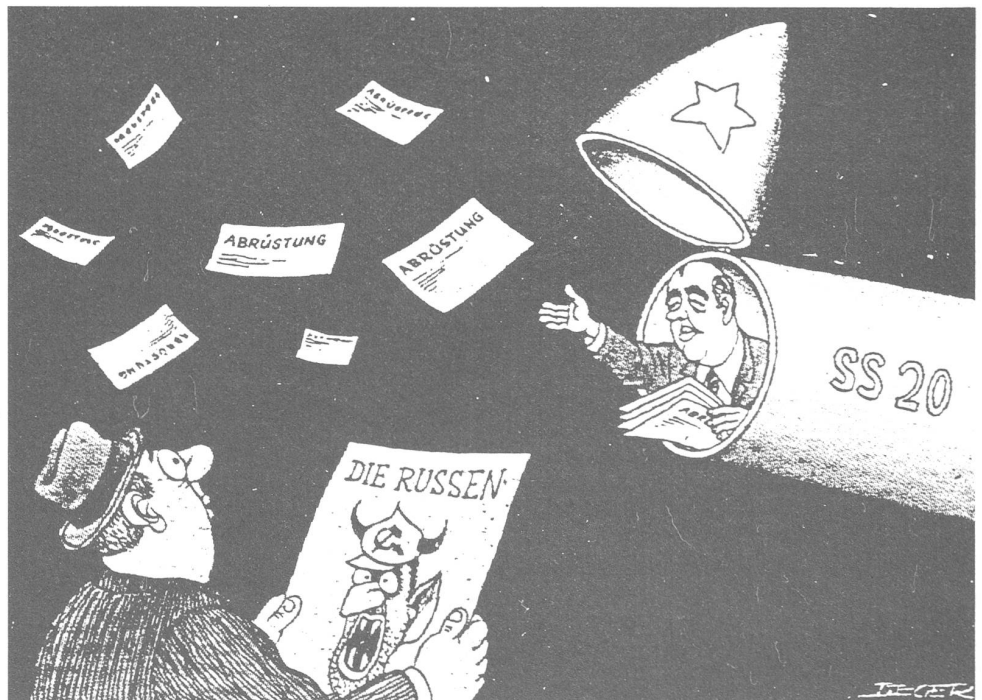
Eine schrittweise Entnuklearisierung Westeuropas könnte ja die gesamte politische Landschaft auf dem alten Kontinent tiefgreifend

verändern, und zwar kaum zuungunsten Moskaus. Die Sowjetunion bleibt auch ohne Mittelstreckenraketen – die ohnehin als politische Waffen gebaut wurden – die stärkste Militärmacht in Europa, wie Russland es einst nach dem Wiener Kongress von 1815 war. Von einer sowjetischen «Konzession» kann also diesmal keine Rede sein.

★

Diese Meinung vertreten der amerikanische Ex-Präsident Richard Nixon und Ex-Aussenminister Henry Kissinger, die sich seit dem Ausscheiden aus dem Amt zum erstenmal gemeinsam zu Wort gemeldet haben. In einem gemeinsamen Artikel in der «Los Angeles Times» sagen sie: Gorbatschow «weiss, dass die vorgesehenen Reduktionen auf sowjetischer Seite die Fähigkeit der Sowjets, Europa nuklear anzugreifen, nicht in signifikanter Weise vermindern und dass sie die von den Sowjets ausgehende Bedrohung Europas vergrössern. Sein Trachten gilt einem genau kalkulierten Zweck: Schwächung der Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa sowie zwischen Deutschland und der westlichen Allianz.

Wenn wir uns auf eine falsche Art von Abkommen einlassen, könnten wir die tiefste Krise in der NATO in ihrer vierzigjährigen Geschichte heraufbeschwören – einer Allianz, die von sieben US-Administrationen beider Parteien lebensfähig erhalten wurde. Diese Gefahr erfüllt uns mit tiefer Sorge... Mittel- und Kurzstreckenraketen, stationiert auf dem europäischen Kontinent, stellten die Glaubwürdigkeit der Androhung nuklearer Vergeltung wieder her, sei es auch nur, weil die Sowjets damit rechnen mussten, dass die USA es nicht zulassen wür-



Karikatur aus «horizont», Ost-Berlin, Nr. 5/1987

den, diese Raketen überrennen zu lassen, ohne sie einzusetzen. Dies war besonders wichtig für die Bundesrepublik Deutschland, die – im Gegensatz zu Frankreich und Grossbritannien – über keine eigenen Atomwaffen verfügt und die, im Gegensatz zu Italien, grosse sowjetische Armeen an ihren Grenzen stehen hat...»

In der Rückschau erweist sich – so Nixon und Kissinger –, «dass die NATO die Null-Option Ende der siebziger Jahre nicht hätte anbieten sollen. Aber wir haben diese Brücke überschritten. Die Sowjets haben unser Angebot angenommen. Es wäre jedoch ein tiefgreifender Fehler, das Abkommen in seiner jetzigen Form abzuschliessen. Wir müssen mindestens zwei Bedingungen stellen: 1. keine sowjetischen Mittelstreckenraketen in Asien, die, kurz hinter dem Ural stationiert, Deutschland noch erreichen könnten; 2. Verzahnung mit dem konventionellen Gleichgewicht...»

Die Erörterungen und die Mahnungen Nixons und Kissingers erübrigen jeden Kommentar.

Doch nach den neuesten Entwicklungen in Westeuropa steht einer erweiterten Null-Lösung zwischen Washington und Moskau kaum mehr etwas im Wege. Sowohl Reagan – wegen der Iran-Contra-Affäre – als auch Gorbatschow – im Hinblick auf den Widerstand gegen seine Reformvorstellungen zu Hause – stehen unter zunehmendem Erfolgsdruck im ausserpolitischen Bereich. Ausserdem können die USA schwerlich etwas im Abrüstungsbereich anbieten, was sie schon einmal angeboten haben. Wie das Abkommen aussehen wird, hängt vor allem von Reagans und Gorbatschows Nervenstärke ab.

★

In den USA verstärkt sich immer mehr die Meinung, dass die Westeuropäer die Hauptverantwortung für ihre konventionelle Verteidigung (bei parallelem US-Truppenabbau) übernehmen sollten. Kürzlich artikulierte ein konservativer Demokrat diese Überzeugung vieler Volksvertreter im US-Kongress im «Wall-Street-Journal» mit den Worten: «Alles, was den Europäern zum Aufbau einer glaubwürdigen Abschreckung fehlt, sind Wille und Anreiz.» Beides werde ein phasenweiser Rückzug der US-Truppen bewirken, und damit wird der Aufbau einer «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» provoziert. So oder so, Bonn stehen harte Zeiten bevor.

Joseph Pozsgai

Glasnost-Beispiele

Radio Moskau und Afghanistan

Das von den Sowjetmedien «schwach angefrante Tabu Afghanistan» (siehe letzte Nummer) wird zuweilen auch von Radio Moskau angerissen, und sei es in der Form einer propagandawidrigen Hörermeinung.

Ein erstaunliches Beispiel dafür bot die abendliche Frage- und Antwortstunde vom 27. März. Verlesen und diskutiert wurde in dieser Inlandsendung das, was der 20jährige Andrej Nowikow aus der Stadt Andropow zum Thema Afghanistan geschrieben hatte. Und das war ein Text, der die bisherige offizielle Darstellung des Konflikts als Lüge brandmarkte. Hier ist der gekürzte Wortlaut:

Neulich hat unsere gesamte sowjetische Propaganda viel über die nationale Versöhnung zu berichten gewusst, die in Afghanistan stattfindet. Das ist für uns insofern von Interesse, als es im Grunde völlig dem stereotypen Bild der Ereignisse in Afghanistan widerspricht, das uns unsere sowjetische Propaganda bis anhin geliefert hat.

Der Krieg in Afghanistan wurde uns nach folgendem Muster präsentiert: Hier ein paar Renegaten und Banditen, die einen unerklärten Krieg gegen ihr eigenes Volk führen, dort die diensttuenden sowjetischen Internationalisten, welche die afghanischen Frauen und Kinder gegen besagte Banditen schützen. Unerwähnt blieb dabei die Tatsache, dass die sogenannten Duschmanen (Schimpfwort für primitive Rebellen und eine sowjetische Standardumschreibung für die Mujahedin) keineswegs eine handvoll Banditen darstellen, sondern eine Vielzahl von Menschen aus der afghanischen Bevölkerung. Ebenso unerwähnt blieb die weitere Tatsache, dass Zehntausende von afghanischen Familien ihr Land verlassen haben und in Iran oder Pakistan leben. (...)

Schauen wir uns doch einmal die Ursprünge des Krieges an. Die Widerstandskräfte der Duschmanen begannen, wie jedermann weiss, die Hilfe des Westens in Form von Waffen und Ausrüstungen erst dann zu erhalten, als die Sowjetunion ihre Truppen bereits nach Afghanistan verbracht hatte. Da ist es doch wohl flagrant, welche Intervention zuerst erfolgte.

Selbstverständlich liess Radio Moskau den Brief des jungen Mannes nicht unerwidert. Die Antwort des Kommentatoren umfasste neben bisher üblichen Floskeln immerhin auch das Eingeständnis, dass man die zahlenmässige Stärke des Feindes bisher ungenügend dargestellt habe. Die «Kräfte der Konterrevolution» umfassten «laut Schätzungen der westlichen Presse» (das macht die Darstellung für ein sowjetisches Publikum glaubwürdiger) zwischen 90 000 und 120 000 Mann. In Pakistan und Iran gebe es rund 2,5 Millionen afghanische Flüchtlinge, die ihr Land «zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Gründen» verlassen hätten.

Auf jeden Fall spricht es für das Ausmass an ermöglichter Glasnost (Offenheit), dass Radio Moskau einen Hörerbrief mit dem zitierten Inhalt über den Äther sendete. Um etwas mehr Ehrlichkeit bemüht man sich doch am Radio, jedenfalls in Moskau. ■

Arbeiter streiken gegen Arbeitermacht

«Der Arbeiter kann nicht gegen die Arbeitermacht streiken.» Das war bisher das sowjetische Argument für den obligatorischen Arbeitsfrieden im Sozialismus. Gilt das noch? Auf jeden Fall wird in der sowjetischen Presse heute kundgetan,

City Bank-Anlageplus

CITY BANK

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

4 1/4% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit **Bis 31. Dez. 1987**

- ☐ Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
☐ Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
☐ Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name _____ Vorname _____
 Strasse _____ PLZ/Ort _____
 Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich